

Wortprotokoll

Öffentliche Sitzung

Ausschuss für Umwelt, Verbraucher- und Klimaschutz

13. Sitzung
13. Oktober 2022

Beginn: 09.00 Uhr
Schluss: 11.47 Uhr
Vorsitz: Dr. Turgut Altuğ (GRÜNE)

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Siehe Beschlussprotokoll.

Punkt 1 der Tagesordnung

Aktuelle Viertelstunde

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 2 der Tagesordnung

Bericht aus der Senatsverwaltung

Siehe Inhaltsprotokoll.

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ: Herr Dr. Taschner! Zu Tagesordnungspunkt 3?

Dr. Stefan Taschner (GRÜNE): Ja! Herr Vorsitzender! Eine der beiden Anzuhörenden verspätet sich etwas, und deswegen frage ich, ob wir Tagesordnungspunkt 4, die Auswertung, vorziehen könnten. Es handelt sich um ein Mitglied des Klimabürger- und -bürgerinnenrats, und ich fände es schön, wenn wir die Anhörung starten könnten, wenn alle da sind. Sie wird voraussichtlich in fünf Minuten da sein. Machen wir ein bisschen plus, minus, vielleicht be-

kommen wir das mit dem Tausch der Tagesordnungspunkte 3 und 4 ganz gut hin, wenn alle damit einverstanden wären.

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ: Herr Dr. Taschner! Ich habe den Tagesordnungspunkt 3 noch nicht aufgerufen. – Sorry, ich muss hier auf die Formalien achten! Das könnte dem einen oder anderen nicht gefallen, aber das ist mein Job. Wir wollten die Anzuhörenden nach der alphabetischen Reihenfolge anhören, und ich habe die Information, dass Frau Al-Mardini-Krukow etwas später dazukommt, ich meine viertel vor zehn. Deswegen wird Frau von Blanckenburg anfangen. Bitte lassen Sie zu, dass ich den Tagesordnungspunkt erst einmal aufrufe.

Wir kommen zu

Punkt 3 der Tagesordnung

- a) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
Auswertung und Ergebnisse des Berliner Klimabürgerinnen- und -bürgerrats
(auf Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der Fraktion der CDU, der Fraktion Die Linke und der Fraktion der FDP)

- b) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
Berlin auf dem Weg zur Klimaneutralität
(auf Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke)

Hierzu: Anhörung

Zu diesem sowie zu den Tagesordnungspunkten 4 und 5 ist Herr Jens Kendzia von der Senatsverwaltung für Umwelt, Mobilität, Verbraucher- und Klimaschutz anwesend. Er ist Leiter der Arbeitsgruppe internationale und nationale Klimaschutzpolitik. Als Anzuhörende begrüße ich zuerst ganz herzlich Frau Dr. Christine von Blanckenburg. Sie ist vom nexus Institut. Ich gehe davon aus, dass Sie mit der Liveübertragung der Sitzung einverstanden sind. – Das ist der Fall. Ich gehe außerdem davon aus, dass ein Wortprotokoll angefertigt werden soll. – Da sehe ich Kopfnicken, dann verfahren wir so. Ist eine Begründung des Besprechungsbedarfs zu TOP 3 a durch einen Vertreter der fünf Fraktionen erwünscht? – Das ist der Fall, von Herrn Dr. Taschner. Anschließend machen wir die Begründung zu TOP 3 b. Ist das auch erwünscht? – Das wird auch begründet. – Herr Dr. Taschner, Sie haben das Wort!

Dr. Stefan Taschner (GRÜNE): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – In Berlin haben wir etwas gemacht, was erst in wenigen Städten und Bundesländern überhaupt so stattgefunden hat. Wir haben Bürgerinnen und Bürger auf eine besondere Art und Weise in unsere Ausgestaltung der Klimapolitik miteinbezogen und dass nicht wie zum Beispiel auf der Bundesebene durch die Zivilgesellschaft organisiert, sondern vom Senat aus genauso gewollt. Der Berliner Klimabürger- und -bürgerinnenrat hat getagt und uns seine Ergebnisse in einer schönen, großen Veranstaltung vorgestellt. Wir haben damals schon gesagt und der Initiative zugesichert, dass wir auf alle Fälle ihre Ergebnisse betrachten wollen, aber vor allem wie es in diesem Klimabürger- und -bürgerinnenrat gelaufen ist, wie die Diskussionen vorangetrieben worden

sind, wie sich Experten und Expertinnen eingebracht haben, um ein bisschen mehr Gefühl dafür zu bekommen und nicht nur über die Ergebnisse zu reden, sondern über das Instrument an sich. Es ist durchaus vorstellbar, dass sich so ein Bürger- und -bürgerinnenrat zu einem gegebenen Zeitpunkt wiederholt, dass man das Instrument auch für andere wichtige Fragestellungen der Stadtgesellschaft nützt. An dieser Stelle möchte ich explizit der Initiative Klimaneustart Berlin danken, die mit ihrer Volksinitiative die Idee angestoßen, viele Tausende Unterschriften gesammelt und, ich glaube, bei uns allen fraktionsübergreifend offene Türen eingerannt hat. Letztendlich auch Dank an die Klimaschutzsenatorin der letzten Legislatur, Regine Günther, die das gleich angepasst und dafür gesorgt hat, dass der Klimabürger- und -bürgerinnenrat zustande gekommen ist! Ich glaube, wir alle freuen uns auf die Berichte und die Diskussionen zu diesem Thema. – Vielen Dank!

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ: Vielen Dank, Herr Dr. Taschner! Haben Sie damit auch den TOP 3 b, Berlin auf dem Weg zur Klimaneutralität, begründet? Verstehe ich das so richtig?

Dr. Stefan Taschner (GRÜNE): Sagen wir einfach ja!

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ: Danke, Herr Dr. Taschner! – Wir machen mit der Anhörung weiter. Wie ich vorhin angesprochen habe, wird Frau Dr. von Blanckenburg anfangen. – Sie haben das Wort, bitte schön!

Dr. Christine von Blanckenburg (nexus Institut) [zugeschaltet]: Ich will unseren Berliner Klimabürger- und -bürgerinnenrat kurz vorstellen. Wir haben eine Zufallsauswahl aus den Melderegistern gemacht, und erfahrungsgemäß melden sich daraufhin eher hochgebildete Menschen, eher Menschen mit einem hohen Einkommen und einer hohen Bereitschaft, sich zu engagieren. Das ist auch schön, das wollen wir gar nicht unterbinden, aber soziale Gerechtigkeit spielt bei solchen Zufallsauswahlen eine immer größere Rolle. Deswegen haben wir uns sehr viel Mühe gegeben, auch das Monitoring soziale Stadtentwicklung miteinzubeziehen und in den Quartieren, in denen wir in dieser Zufallsauswahl auch Adressen hatten, diese über eine nochmalige persönliche Haustüransprachen zu gewinnen. Ich denke, wir haben in unserer Zusammensetzung die Berliner Bevölkerung gut wiedergespiegelt. Wir haben einen hohen Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund, bei denen Engagement in politischen Prozessen und bei Wahlen immer ein bisschen niedriger ist als sonst im Durchschnitt der Bevölkerung. Wir hatten Menschen mit dabei, die von Hartz IV leben, die über sehr wenig Geld verfügen, genauso wie solche, die in einem Eigenheim in den Außenbezirken wohnen. Eine schöne, wirklich bunte Mischung ist dabei und eigentlich gut repräsentiert.

Für mich persönlich war es schon beeindruckend – das hat sich bei mir auch festgesetzt –, wie viele der Teilnehmenden in der ersten Sitzung gesagt haben, dass sie ein persönliches Interesse an diesem Klimabürger- und -bürgerinnenrat und an dem Thema Klimaschutz haben, die gar nicht zu den Aktivistinnen und Aktivisten, die wir auch kennen, zählen. Es ist auch ein Thema, was sehr drängt, also einen Bezug auf die eigene Lebensrealität hat. Sehr oft wurden die eigenen Enkel, die eigenen Kinder angeführt. Da ist ein großer Druck, und das spiegelt sich in den Leitsätzen wider – Leitsatz 1: „Klimaschutz hat oberste Priorität.“ Ich habe hier gerade gehört, dass es gar nicht so sehr um die Ergebnisse geht, dass Sie sich damit schon auseinandergesetzt haben, deswegen gehe ich darüber hinweg und erwähne nur den ersten Leitsatz: „Klimaschutz hat oberste Priorität.“

Wenn wir in den Klimabürger- und -bürgerinnenrat hineinschauen, dann war durch diese Zufallsauswahl, die wir wirklich gut hinbekommen haben, die Anforderung, dass alle an der Diskussion teilnehmen können und alle genau wissen müssen, worüber sie reden. Das heißt, dieses doch sehr wissenschaftliche Thema muss auf eine Ebene runtergebrochen werden, wo alle dieses Querschnitts der Bevölkerung mitreden können. Dazu haben wir mit Visualisierungen gearbeitet, mit Geschichten aus der Zukunft. Von den Ergebnissen her würde ich sagen, dass das gut gelungen ist, wobei man auch da Unterschiede bei den einzelnen Themen- und Handlungsfeldern haben, die wir behandelt haben. Das Thema Mobilität ist allen so sehr aus dem eigenen Leben vertraut, dass sie dort am meisten mitreden konnten. Das spiegelt sich in den Zustimmungsraten wider, und zwar in sinkenden Zustimmungsraten. Wir haben nur eine Empfehlung, die nicht die Mehrheit, auch die absolute Mehrheit, bekommen hat. Es gibt auch Klimabürger- und -bürgerinnenräte wie in Freiburg, der vor gar nicht langer Zeit abgeschlossen wurde, wo gesagt wurde: Wir brauchen eine Zweidrittelmehrheit, damit wir sagen können, dass der Bürger- und Bürgerinnenrat dahintersteht. – Dort haben wir insgesamt fünf Empfehlungen, die diese Grenze nicht genommen haben, und davon sind drei im Mobilitätsbereich. Die emissionsfreie Innenstadt und damit das Thema für eine eigenen Sitzung: Da haben wir immerhin einen Zustimmungswert von 62 Prozent, die eine emissionsfreie Innenstadt fordern, und zwar schon sehr bald – am besten schon 2023 mit den ersten Maßnahmen dafür anfangen. Für eine Zweidrittelmehrheit hat es hier trotzdem nicht gereicht. Das zeigt, dass auch in einem Klimabürger- und -bürgerinnenrat die Konflikte der Gesellschaft hineingetragen und weiter diskutiert werden.

Dadurch, dass wir das den Teilnehmenden so heruntergebrochen und sehr viel Zeit darauf verwendet haben, dass alle verstehen, worüber sie reden, was absolut notwendig ist, haben wir etwas weniger Zeit dafür gehabt, dass Stakeholder bestimmter Interessen im Rat selbst sprechen konnten. Das gehört sonst eigentlich auch mit dazu. Hier waren die ausgegliedert. Wir haben viele kleine Videos mit Stakeholdern gedreht, und die konnten sich unsere Teilnehmenden anschauen. Es wäre schön gewesen, wenn man noch mehr Zeit gehabt hätte, aber es war schon ein langes Verfahren, das die Teilnehmer auch belastet, auch wenn manche hinterher gerne noch weitergemacht hätten. Wir merken, dass wir immer in einer Balance zwischen dem: Alle Interessen müssen gehört werden –, und dem: Wir müssen es für alle verständlich machen und durchführen –, sind.

Was mir persönlich auffällt, ist, dass bei vielen Empfehlungen, die getroffen worden sind, auf staatliche Hilfe gesetzt wird. Das ist vielleicht ein Manko – oder man kann es auch positiver sagen: Wir bekommen oft von Politikerinnen und Politikern die Anfrage: Wenn die Bürgerinnen und Bürger alles selbst entscheiden, wo bleiben wir Abgeordneten mit unserer Rolle? – Die wird überhaupt nicht angetastet, nicht nur dadurch, dass wir von vornherein sagen, dass es nur Empfehlungen sind, sondern auch bei diesen Empfehlungen. Gerade wenn es um das Geld geht, fehlt im Grunde genommen noch eine Priorisierung. Für die Vorstellung davon, was für ein Budget es eigentlich gibt, wie der Haushalt aussieht, was man davon für die einzelnen Maßnahmen ausgeben kann und daraus auch den Zwang hat, hier zu priorisieren, wäre das entweder ein zweiter Bürgerinnen- und Bürgerrat, oder wir geben es wieder zurück in die Politik. Das ist auch eine gute Bürgerrolle zu sagen: Das sind unsere Leitlinien. Das ist das, wo wir hinwollen, und so übergeben wir das. – Ich mache erst einmal Schluss. Sie können mich alles Mögliche fragen, was Sie zum Berliner Klimabürger- und -bürgerinnenrat interessiert.

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ: Vielen Dank, Frau Dr. von Blanckenburg! – Zu Ihrer Information: Ich hatte die Information, dass Frau Al-Mardini-Krukow viertel vor zehn da sein wird. Sie ist noch nicht da. Ich würde versuchen – damit sie noch mehr Zeit hat –, dass der Senat eine Stellungnahme zu dem Thema gibt. – Frau Dr. Karcher!

Staatssekretärin Dr. Silke Karcher (SenUMVK): Ich würde mich hier kurzhalten. Ich möchte noch einmal unseren großen Dank an die Bürgerinnen und Bürger, die sich an diesem Prozess mit viel Arbeit und Engagement beteiligt haben, ausdrücken. Ich denke, dass es ein wirklich schönes Ergebnis geworden ist. Es zeigt das Engagement und die Bereitschaft der Bürgerinnen und Bürger zu wirklich ambitioniertem Klimaschutz. Der Senatsausschuss Klima hat sich bereits in einer Sitzung mit Vertreterinnen und Vertretern der Bürgerinnen und Bürgern getroffen, hat sich die Forderungen angesehen und wird sich in seiner nächsten Sitzung damit auseinandersetzen. Die Klimagovernance, die bereits in den ersten 100 Tagen beschlossen wurde, sieht vor, dass das nicht nur irgendwie zur Kenntnis genommen wird – wir haben diese schöne Broschüre vorliegen, auch dafür vielen Dank! –, sondern dass sich der Senat zu allen einzelnen Forderungen positioniert, sich die anschaut und entweder begründet, warum das in bestimmten Fällen so nicht machbar ist, oder diese Forderungen umsetzt. Wie gesagt, es gibt keinen Automatismus, dass Vorschläge, Forderungen des Bürger- und Bürgerinnenrats umgesetzt werden. Wir halten es aber für erforderlich und für einen angemessenen Respekt vor der Arbeitsleistung, die erbracht worden ist, dass eine Auseinandersetzung damit erfolgt und dass kurz begründet wird, wenn Maßnahmen so nicht durchgeführt werden können.

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ: Danke, Frau Dr. Karcher! – Wir steigen in die Debatte ein. – Herr Dr. Taschner, bitte!

Dr. Stefan Taschner (GRÜNE): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Vielen Dank, Frau von Blanckenburg für Ihre Ausführungen, die sehr spannend waren! Ich habe ein paar Nachfragen: Ein Klimabürger- und -bürgerinnenrat soll am besten den Querschnitt der Gesellschaft abbilden. Wir kennen das aus anderen, ähnlich gelagerten Räten, dass das schwierig ist, das genau hinzubekommen. Wo gab es hier die meisten Probleme, und wo ist das möglicherweise nicht gelungen?

Dann haben Sie sehr viel Online getagt, soweit ich das mitbekommen habe, nur wenige Male in Präsenz. Aus der Erfahrung, die Sie sicherlich schon mit anderen Veranstaltungsformaten gemacht haben: Wo gab es Dinge, wo Sie sagen, das hat schon ein bisschen behindert. Online in Videokonferenzen zu tagen, ist oftmals nicht so unmittelbar. Hat es die Arbeit in gewisser Weise beeinflusst?

Sie haben auch von der Belastung der Teilnehmerinnen und Teilnehmer gesprochen, die mit so etwas verbunden ist. Gab es Leute, die irgendwann gesagt haben: Mir wird das zu viel –, und die vielleicht sogar ausgestiegen sind, oder blieben letztendlich alle dabei?

Zum Schluss noch zwei Fragen: Es gab verschiedene Experten und Expertinnen, die Inputs geliefert haben. Nach welchen Kriterien wurden die ausgewählt. Dann sprachen Sie noch von Stakeholdern, die Sie gerne mehr einbezogen hätten. Wie muss ich mir das vorstellen – dass beim Thema Mobilität die BVG oder der ADAC kommen und ihre Sachen vorstellen? Wenn Sie dazu noch etwas sagen könnten? Frau Jarasch hat schon bei der Vorstellung im Plenarsaal angekündigt, dass sie den Klimabürger- und bürgerinnenrat in einem Jahr noch einmal einla-

den möchte, um mal zu schauen, was daraus geworden ist. Halten Sie das für ein sinnvolles Format zum Nachhalten in der Richtung, dass man sich sagt: In einem Jahr setzen wir uns alle noch einmal zusammen und gehen drüber, was es eigentlich gebracht hat. –?

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ: Danke, Herr Dr. Taschner! – Als Nächstes ist Herr Frey-mark an der Reihe. – Bitte!

Danny Freymark (CDU): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Ich glaube, dass die meisten Fraktionen sehr dankbar für das Engagement des Klimabürger- und -bürgerinnenrats sind, der in sehr kurzer Zeit doch sehr interessante Ergebnisse zusammengetragen hat – im Übrigen Ergebnisse, die, glaube ich, auch das spiegeln und bestätigen, was wir in der parlamentarischen Debatte und der Ausschussberatung schon oft zusammengetragen und oftmals mit einem ähnlich großen Konsens haben.

Ich will mich auch beim Berliner Abgeordnetenhaus bedanken. Wir durften bei der Abschlussveranstaltung im Plenarsaal dabei sein. Das war für alle Beteiligten etwas Besonderes. Ich glaube, dass das mit dem anschließenden Empfang auch eine schöne Übergabe war, da noch einmal zusammenzukommen – übrigens auch für uns Abgeordnete.

Wir hatten einmal die Gelegenheit, inhaltlich mitzudiskutieren. Das war digital zugegeben etwas schwerer. Frau von Blanckenburg, das ist nicht böse gemeint, aber als ich durchgezählt habe, waren das bei Weitem nicht 100, sondern 40 Teilnehmerinnen und Teilnehmer. Da stellt sich schon die Frage, ob die neun Veranstaltungen, die weitestgehend digital stattgefunden haben, tatsächlich die entsprechende Auslastung hatten. Geben Sie uns über die Teilnahme gerne ein detailliertes Bild. Herr Dr. Taschner hat gerade schon in eine ähnliche Richtung nachgefragt. Ich vermute mal, dass wir uns alle einig sind, dass, wenn so etwas in Präsenz möglich ist, auch in Präsenz durchgeführt werden sollte, weil dann ganz andere Möglichkeiten der Zusammenkunft vorhanden sind.

Das zweite Thema, was ich in persönlichen Gesprächen herausgehört habe, ist – womöglich ist dazu schon die Initiative ergriffen worden –, wie diese 100 Bürgerinnen und Bürger vielleicht sogar in Kontakt bleiben können. Einige der Anwesenden sind auch im Bereich bürgerschaftliches Engagement gut unterwegs. Ich hatte aus den Gesprächen den Eindruck, dass der eine oder andere das schon toll fand, Gleichgesinnte und Menschen zu finden, die vielleicht auch bereit waren, über den Tellerrand hinauszublicken und trotzdem in Kontakt zu bleiben. Gibt es heute, liebe Frau von Blanckenburg, eine gemeinsame WhatsApp- oder E-Mail-Gruppe, in der sich die Teilnehmerinnen und Teilnehmer vielleicht auch thematisch austauschen?

Zu der Umsetzung und Erwartung: Ich will das noch einmal bewusst sagen. Es gibt drei Zitate, die wir als CDU-Fraktion zusammengetragen haben und bei denen ich vermute, dass es eine hohe Zustimmung auch im Bürgerrat gibt: Es bringt nichts, sich immer mehr Maßnahmen auszudenken, wenn die zuständigen Stellen nicht in die Lage versetzt werden, irgendetwas umzusetzen, Stichwort Paradigmenwechsel – ich vermute hohe Zustimmung. Zweiter Punkt: Es braucht zudem ein fachliches Monitoring und laufende Evaluation – ich denke Zustimmung. Dritter Punkt: Vorschlag Enquete-Kommission nach Bremer Vorbild unter Einbeziehung der Senatsverwaltungen, der Zivilgesellschaft, von Expertinnen und Experten und Brandenburg – zumindest bei der CDU-Fraktion große Zustimmung. Ich vermute auch in der Stadtgesellschaft, denn wenn wir den Leuten erklären, dass alle zusammengetragenen Maßnahmen zwar schön und sinnvoll sind, de facto aber von einer Senatsverwaltung getragen werden müssen, die trotz aller Motivation – die ist da, null Zweifel daran – nicht in der Lage ist, wirklich konkrete Aussagen zu treffen. Heute war ein Beispiel, welche weiteren Maßnahmen zum Beispiel für das Thema Schwammstadt geplant sind. Wir wissen nicht einmal, welche Dächer Berlins dafür geeignet sind. Dafür, diese Informationen zusammenzutragen und dann überhaupt Handlungsempfehlungen und Handlungskonkretisierungen auszusprechen, benötigen wir viel mehr Power.

Eines der größten Ergebnisse war: „Klimaschutz hat oberste Priorität. Er muss zügig, entschlossen und sozial gerecht umgesetzt werden.“ – Das steht hier in den Handlungsempfehlungen. 97 Prozent sagen, es ist oberste Priorität. Ist es oberste Priorität, wenn wir 37 Milliarden Euro Jahresbudget haben, wir hier im Ausschuss über 300 Millionen Euro verhandelt haben? Klar, in anderen Ausschüssen und anderen Verwaltungen gibt es auch Um-

welt- und Klimaschutzmaßnahmen, aber Sie glauben doch nicht ernsthaft, dass die dort oberste Priorität genießen. Wenn sie nicht einmal in diesem Ausschuss oberste Priorität, also Geld, Zeit und Personal, haben, wie wollen wir dann in der gesamten Breite und in der Erwartungshaltung dieser Ergebnisse unsere Ziele erreichen? Ich glaube, dafür wäre noch viel mehr notwendig. Liebe Frau von Blanckenburg, nehmen Sie gerne die drei Fragen, die wir aufgeschrieben haben und teilen Sie die mit den Teilnehmerinnen und Teilnehmern. Ich werde ziemlich sicher immer mit einem Ergebnis über 80 Prozent arbeiten können. Das muss schlichtweg die Erwartungshaltung sein, aus dem, was hier aufgeschrieben wurde.

Letzte Frage, Frau von Blanckenburg! Was erwarten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer jetzt von uns, vom Senat, damit Sie nicht in einem oder zwei Jahren als der frustrierteste Klimabürger- und -bürgerinnenrat der Geschichte zurückbleiben? – Danke schön!

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ: Danke, Herr Freymark! – Als Nächste ist Frau Wolff an der Reihe. – Bitte schön!

Dunja Wolff (SPD): Vielen herzlichen Dank, Herr Vorsitzender! – Ich darf mich dem Dank anschließen! Es ist nicht selbstverständlich, dass sich Menschen ehrenamtlich auf den Weg machen und sich so eng und zeitlich engagieren. Das ist auch für die Menschen, die sich daran beteiligt haben, aufwendig. Deshalb ein Riesendankeschön an alle, die sich im Bürger- und -bürgerinnenrat eingebracht haben!

Kurz vorweg: Ich muss sagen, Herr Freymark, dass das richtig ist, was Sie sagen, aber das muss man abstufen, wenn Sie von allgemein 97 Prozent Zustimmung zu Klimaschutz usw. sprechen. Wir haben nicht erst mit der Klimadiskussion angefangen und dass man das allgemein so betrachten kann. Ich glaube, wenn Sie die Frage stellen, ist es selbstverständlich, dass die Menschen so antworten werden. Wenn Sie aber hier in die Handlungsfelder, auch bei Mobilität, reinschauen, dann sehen wir mit 62 Prozent, dass es hier selbstverständlich auch Punkte gibt, bei denen man sich nicht klar ist, wie man das umgestalten und überhaupt gestalten kann. Das ist für alle eine Herausforderung. Da muss ich sagen, dass sich da schon einiges getan hat. Es ist schon einiges auf den Weg gebracht. Die Umsetzung dahin ist die entscheidende Maßnahme, und die wird selbstverständlich ihre Probleme haben. Wir alle wissen, dass der Fachkräftemangel auch an dieser Senatsverwaltung und an uns allen nicht vorbeigeht. Das ist aber ein ganz anderes Problem, und das wissen wir, das hängt aber definitiv zusammen. Ich möchte nur sagen, dass ich glaube, dass es gut ist und ich mich darüber freue, dass der Klimabürger- und -bürgerinnenrat prozentual so in der Zustimmung abgeschnitten hat, sich Klimaschutz selbstverständlich auf die Fahne zu schreiben. Das finde ich ganz toll und davor auch meine Hochachtung!

An die Senatsverwaltung hätte ich die Frage, inwieweit die wissenschaftliche Begleitung umgesetzt wurde. Es wurden 2021 Gelder für diese Arbeit, für die Moderationen eingestellt. Inwieweit ist die Begleitung bereitgestellt worden? Inwieweit wurde das umgesetzt? Das wäre an dieser Stelle eine Frage. Ich hatte eben schon gesagt, dass die Empfehlungen, die gekommen sind, teilweise im Umsetzungsbereich sind oder jetzt angegangen werden, zum Beispiel beim Gendarmenmarkt, wie wir heute gehört haben, wo man dafür sorgen möchte, dass der klimagerecht ausgestaltet wird. Wir haben beim ÖPNV die Tickets auf den Weg gebracht. Wir haben gesagt, dass der ÖPNV so gestaltet werden muss, dass die Menschen gerne auf den ÖPNV umsteigen. Wir haben das Thema E-Scooter angegangen. Wir sind dabei, sicheres

Radfahren und überhaupt das Radfahren vernünftig zu ermöglichen, indem wir zum Beispiel Radfahrwegekonzepte auch in den Bezirken haben – die sind wirklich tapfer und fleißig dabei. Ich kann es zumindest aus meinem Bezirk sagen. Das funktioniert an der Stelle gar nicht so schlecht. Ich möchte auch mal eine Lanze für die brechen, die sich bereits auf den Weg gemacht haben.

Interessant ist, finde ich, die Forderung Klimaschutz vor Denkmalschutz, die mit 88 Prozent angegangen wurde. Das fand ich nicht uninteressant, und es ist an dieser Stelle ganz gut zu wissen, inwieweit ein Austausch mit der Kultur- und der Stadtentwicklungsverwaltung stattgefunden hat. Inwieweit kann man darauf eingehen? Wie können die 88 Prozent Zustimmung genutzt werden, um gemeinsam mit dem Denkmalschutz darüber nachzudenken?

Dann gibt es im BEK zusätzlich zu den Bereichen Energie, Gebäude, Mobilität und Konsum auch den Bereich Wirtschaft. Das fehlte im Klimabürger- und -bürgerinnenrat etwas. Inwiefern wurden die Themen Arbeitsplätze und Unternehmen thematisiert? Das ist in der Debatte nicht so ganz uninteressant.

Vielleicht ein kleiner Zusatz – auf Seite 17 des Bericht steht:

Auch das im Vorfeld der Sitzung übermittelte konstruktive Feedback z.B. zu Adressaten oder zuständiger Politikebene (Land oder Bund) zu den Empfehlungen von der Senatsverwaltung für Umwelt, Mobilität, Verbraucher- und Klimaschutz wurde besprochen.

Hier noch die Frage, in welcher Form dieser Prozess begleitet wurde.

Eine Frage hätte ich noch an Frau Dr. von Blanckenburg. Erst einmal vielen Dank für Ihren Bericht! Ich fand, der war sehr ehrlich vorgetragen. Sie haben noch einmal gesagt, dass Sie sich mehr Zeit gewünscht hätten. Das Gefühl hatte ich. Interessant fand ich den Zusatz – auch von Herrn Freymark –, dass sich Menschen damit gerne länger beschäftigen möchten. Das können Sie ehrenamtlich auch tun. Ich glaube, es gibt gar nicht so wenig Möglichkeiten und Initiativen, wo man das machen kann. Trotzdem ist hier vielleicht ganz wichtig zu wissen, inwieweit die geografische Verteilung wirklich so passiert ist. Sie sagten, dass die unterschiedlichen Bezirke angesprochen wurden. Wenn ich in meinen Bezirk schaue – der ist von der Fläche her der größte Bezirk –: Inwieweit sind die Außenbereiche wirklich erreicht worden? Haben wir wirklich Innenstadt und Außengrenze? War das wirklich im Einklang gesund ausgeglichen vertreten? Ich glaube, das ist nicht so ganz unwichtig, wenn ich mal darüber nachdenke, wie groß unsere Pendlergruppe ist. Wir haben eine große Anzahl von Pendlerinnen und Pendlern, die jeden Tag die Stadtgrenze arbeitsbedingt überschreiten. Alleine wenn ich weiß, dass bei Tesla in einer Schicht 2 000 Menschen sind – das ist nicht gerade wenig. Das heißt für uns für den Verkehr, wie weit wir das in den Sitzungen mehr berücksichtigen können, dass wir da auch innerhalb der Bezirke noch ein bisschen mehr von der Fläche unterscheiden, wie wir Menschen an dieser Stelle anders einbeziehen können. Der räumliche Schwerpunkt scheint mehr auf der Innenstadt zu liegen, aber klimapolitisch sind die langen Strecken auch wichtig, dass wir die nicht ganz vergessen. Noch einmal die Frage: Wieso gab es zum Beispiel keine Sitzung zu Pendlerbeziehungen mit dem Umland? Bitte alle Fragen wohlwollend verstehen und nicht als böartige Kritik! Ich finde das schon sehr gut, was da passiert, und ich freue mich, wenn so etwas fortgesetzt werden kann. – Vielen Dank!

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ: Danke, Frau Wolff! – Herr Koçak ist an der Reihe.

Ferat Koçak (LINKE): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Danke an die Organisatorinnen von nexus! Ich finde es klasse, dass wir ein in erster Linie basisdemokratisches Mittel umgesetzt haben, aber jetzt kommt es darauf an, die Inhalte im Berliner Energie- und Klimaschutzprogramm einzubinden und darauf zu schauen, wie Herr Freymark gesagt hat, dass diese Forderungen umgesetzt werden und nicht in den Bezirken im wahrsten Sinne des Wortes an der Kohle scheitern. Genau dafür setzen wir uns in den nächsten Monaten hoffentlich zum Berliner Energie- und Klimaschutzprogramm zusammen und können dann dafür sorgen, dass diese Forderungen umgesetzt werden. Herr Freymark, weil Sie Priorität Klimaschutz gesagt haben: Deshalb haben wir in dieser Legislatur den Klimaschutz eingeführt. Das ist ein Zeichen, dass diese Koalition den Klimaschutz in der Breite denkt. Wie prioritär die CDU die Klimakrise bewertet, werden wir dann sehen, den Klimaschutz in die Berliner Verfassung aufzunehmen. Da ist die Frage, ob Sie mitstimmen oder nicht.

Ich habe ein paar Fragen an nexus: Mich interessiert, in welchem Prozess und von wem die abzustimmenden Fragen formuliert wurden. Ist das in der großen Runde passiert – wo ich denke, dass das aufgrund der kurzen Zeit eher schwierig ist –, oder wurde das teilweise von nexus vorgegeben oder in eine bestimmte Richtung gelenkt? Wie war der Prozess? Wie sehr wurden Abstimmungsfragen und Themen von der Organisation oder den Inputgebenden vorgegeben oder sind die aus den Reihen des Klimabürger- und -bürgerinnenrats selbst entstanden? Eine andere Frage wäre: Wie hoch war die Teilnahme der Mitglieder des Klimabürger- und -bürgerinnenrats an den Sitzungen und an der finalen Abstimmung? Haben wir auf dem Weg des Prozesses auch Leute und damit vielleicht auch an Diversität verloren, was im Prinzip für die Ergebnisse sehr wichtig wäre?

Dann komme ich zu der Frage der Außenbezirke. Teilweise können wir einen unterproportionalen Anteil von Bürger und Bürgerinnen aus reinen Außenbezirken, beispielsweise Pankow, und einen überproportionalen Anteil aus Friedrichshain-Kreuzberg konstatieren. Können Sie etwas dazu sagen, woher die Mitglieder aus den gemischten Bezirken wie Pankow kamen, also ob es tendenziell, wenn es Pankow ist, eher Prenzlauer Berg, Innenstadt, war, oder ob das auch Leute aus den Außenbereichen waren?

Eine Frage, die mich persönlich sehr interessiert: Ich war bei der Auftaktveranstaltung dabei, habe einige Leute gesehen, aber nicht so eine Riesendiversität, was den Migrationshintergrund angeht. Natürlich ist es kompliziert, so etwas zu fragen, aber haben Sie ein Gefühl dafür, wie divers der Klimabürger- und -bürgerinnenrat wirklich war? Wir haben nämlich in den Klimabewegungen und -kämpfen auf der Straße immer das Problem, dass obwohl – wenn wir auf den globalen Süden schauen und das globaler betrachten – Menschen mit Migrationsgeschichte am stärksten von der Klimakrise betroffen sind, wir im Gegensatz zu anderen Ländern und den dortigen Klimakämpfen eine unterproportionale Vertretung von Menschen mit Migrationsgeschichte haben. Das ändert sich, aber mich würde es interessieren, wie das in solchen Strukturen wie dem Klimabürger- und -bürgerinnenrat zustande gekommen ist. – Vielen Dank!

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ: Danke, Herr Koçak! – Als Nächstes ist Herr Reifschneider an der Reihe. – Bitte schön!

Felix Reifschneider (FDP): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Vielen Dank, Frau von Blanckenburg für die Ausführungen! Ich habe mir teilweise die Videos angeschaut; die wissenschaftlichen Inputs waren online verfügbar. Die Diskussion in den Gruppen leider nicht. Das wäre auch spannend gewesen, wie da diskutiert wurde. Ich habe es als sehr bereichernd erlebt, auch die Abschlussveranstaltung. Von daher erst einmal einen herzlichen Dank an alle Teilnehmenden – stellvertretend an Sie für die Organisation, aber vor allen Dingen an alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer, die sich ehrenamtlich und in ihrer Freizeit in mehreren Sitzungen und stundenlang Gedanken gemacht und um gute Lösungen gerungen haben!

Ich wollte von Ihnen aber gerne wissen, wie über solche Anliegen gesprochen wurde oder wie diese thematisiert wurden, was zum Beispiel eigentlich in die Zuständigkeit des Landes fällt oder was eher Bundesaufgabe ist. Es gibt schon ein paar Punkte, die eindeutig nicht in der Zuständigkeit des Landes sind, wo es ein bisschen schwierig ist, Forderungen aufzustellen. Was die rechtliche Zulässigkeit angeht, habe ich bei einigen Punkten auch Zweifel, auch was den Minderheitenschutz angeht. Wenn zum Beispiel drinsteht: Verbrennerverbot in der Innenstadt. Keine Neuzulassung von Verbrennern ab 2023 –, hätte ich große Zweifel, ob das rechtlich überhaupt zulässig ist und im Regelungsbereich des Landes liegt. Es gibt insgesamt – das haben Sie selbst erwähnt – eine extrem hohe Staatsfixierung in diesen ganzen Vorschlägen. Teilweise werden Empfehlungen gegeben, die auf der großen Ebene richtig sind, aber dann fehlen ein bisschen die Hinweise zur Umsetzung und zur Zeitstrecke, wie das umgesetzt werden kann, und was die Leute auch bereit sind. Hinter die große Botschaft können sich viele Leute noch stellen, wenn man das in die fernere Zukunft verlagert, aber da fehlt hin und wieder der konkrete Zeitplan.

Bei manchen Sachen bin ich einfach überrascht, dass sie drinstehen. Das Abstellen von E-Scootern habe ich bislang nicht als große klimapolitische Maßnahme wahrgenommen. Wenn es um E-Scooter oder Elektrokleinstfahrzeuge als Beitrag zur letzten Meile geht, kann ich das nachvollziehen. Wie kommt so ein Thema wie das Abstellen von E-Scootern da mit rein? Dann finde ich, ist einiges schon im alten BEK und auch im Entwurf des neuen BEK enthalten. Zumindest gibt es da eine gewisse Deckungsgleichheit, wobei das BEK sehr viel detaillierter ist.

Gegen einen Eindruck kann ich mich nicht erwehren, aber vielleicht haben Sie andere Informationen dazu: Wie wurde denn die Stadtgesellschaft erreicht? Das war auch ein Punkt, dass hinter dem, das teilrepräsentative, aber zufällig zusammengesetzte Gremium zusammenzurufen, der Gedanke stand, auch eine klimapolitische Debatte in der Stadt zu haben, vor dem Hintergrund, was die Stadtgesellschaft bereit ist mitzugehen. Die Ergebnisse wurden über eine große Berliner Tageszeitung verteilt, aber ich sage mal – das ist nur anekdotisch –, dass mich niemand auf diesen Klimabürger- und -bürgerinnenrat aus der Bürgerschaft angesprochen hat. Wenn ich mal danach gefragt habe, ob davon gehört wurde und ob einzelne Ergebnisse bekannt sind, dann ist das ganz tief runtergefallen. Das ist für politische Prozesse nicht ungewöhnlich, aber haben Sie Erkenntnisse, wie die Stadtgesellschaft erreicht wurde?

Themen wie die Wettbewerbsfähigkeit des Standorts Berlin und der Unternehmen in Berlin haben leider überhaupt keine Rolle gespielt. Mir ist an manchen Stellen auch nicht klar, inwieweit Sie den deutschen rechtlichen Rahmen oder den europäischen Kontext berücksichtigt haben, weil auch ganz viel auf europäischer Ebene an Regelungsbedarf ist, oder wie der russi-

sche Krieg in der Ukraine bei Ihnen eine Rolle gespielt hat. Haben Sie das thematisiert oder haben Sie dazu Erkenntnisse aus der Debatte, welche Kosten die Bürgerinnen und Bürger bereit sind, selbst zu tragen? Am Ende geht es darum, viele staatliche Maßnahmen durchzuführen. Die werden alle etwas kosten. Dann ist die Frage, dass man zusätzliches Geld für den Staat generieren muss. Das kostet entweder die einzelnen Bürgerinnen und Bürger etwas – direkt oder mittelbar –, oder man muss bei anderen Haushaltspositionen etwas streichen. Danny Freymark hatte das, glaube ich, auch schon gesagt, wie sich das mit der absoluten Priorität verhält, die konstatiert wird, im Vergleich der Mittel für Klimaschutzmaßnahmen im Gesamthaushalt. Wurde über Zielkonflikte mit anderen Politikfeldern gesprochen, wo gekürzt werden sollte, um mehr für den Klimaschutz zu erreichen? – Dabei würde ich es erst einmal als Einstieg belassen.

Vielleicht noch als Nachtrag die Frage nach dem Fachkräftemangel – dem En-12 „Fachkräftemangel entgegenwirken“ –: Ich war überrascht, dass da drinsteht: Fokus auf die Themen Wärmewende und Solarausbau –, und andere Themen nicht berücksichtigt oder nachrangig behandelt werden. Warum dieser Fokus auf die Wärmewende und dem Solarausbau, und welche Maßnahmen sollten dazu eingeleitet werden? Wurde darüber gesprochen – weil die freie Studienplatzwahl oder die freie Auswahl des Ausbildungsganges in Deutschland immer noch gültig sind –? Gab es da konkretere Vorstellungen, wie man vorgehen sollte?

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ: Danke, Herr Reifschneider! – Ich begrüße Frau Al-Mardini-Krukow. – Herzlich willkommen bei uns im Ausschuss! Ich möchte Sie auch fragen, ob Sie mit der Liveübertragung und der Erstellung eines Wortprotokolls einverstanden sind – das wird ja protokolliert.

Beatrice Al-Mardini-Krukow (Berliner Klimabürger- und -bürgerinnenrat): Ja, bin ich!

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ: Danke schön! – Wir machen weiter. Es gab mehrere Fragen. Gibt es weitere Wortmeldungen seitens der Ausschussmitglieder? – Das ist nicht der Fall. Dann machen wir in der zweiten Runde weiter. Ich würde Frau Dr. von Blanckenburg das Wort erteilen, damit sie die Fragen beantworten kann, und dann kann Frau Al-Mardini-Krukow ihr Statement abgeben. – Bitte schön, Frau Dr. von Blanckenburg!

Christine von Blanckenburg (nexus Institut): Gerne! – Das sind wirklich sehr viele Fragen. Wenn ich etwas vergesse, erinnern Sie mich bitte gerne daran. Vorweg: Es haben eigentlich alle Sprecher und Sprecherinnen den Teilnehmerinnen und Teilnehmern des Berliner Klimabürger- und -bürgerinnenrats gedankt. Ich kann nur sagen, dass wahrscheinlich eine große Mehrheit der Teilnehmenden des Klimabürger- und -bürgerinnenrats genauso Ihnen dafür danken würde, dass sie die Chance hatten, einmal in so einem Rat mitzuwirken. Das ist für viele ein sehr großes und wichtiges Erlebnis gewesen und hat für die ganz unmittelbar politische Teilhabe bedeutet. Viele engagieren sich auch weiter.

Da komme ich zu der ersten Frage: Der Datenschutz setzt uns sehr enge Grenzen, wofür wir die Daten erheben können, nämlich zur Einladung und zur Durchführung dieses Klimabürger- und -bürgerinnenrats. Wir müssen unsere Daten dann auch vernichten. Wir sind auch nicht für die nachfolgende Betreuung zuständig. Wir haben Kontakt aufgenommen – weil das an uns deutlich herangetragen worden ist, das ist sehr häufig so, dass nach solchen Verfahren die Teilnehmenden miteinander im Kontakt bleiben wollen – zu „Mehr Demokratie“, die schon

verschiedene Bürgerräte begleitet haben und die so etwas besser organisieren können. Wer sich dort trifft und auf welche Art und Weise kann ich nicht sagen. Ich kann das auch deswegen nicht sagen, weil wir als Durchführer strikt darauf achten, dass wir neutral sind. Wir sind diejenigen, die den Rahmen für die Diskussion setzen, die dafür sorgen, dass gut diskutiert werden kann, aber wir geben keine inhaltliche Meinung weiter und wir sind auch nicht die, die das in der Öffentlichkeit befördern. Wir verstehen unsere Rolle so und achten sehr streng darauf, weil das auch wichtig ist – nicht nur für diesen Bürgerrat, sondern auch für alle weiteren.

Wir bleiben mal bei den Teilnehmenden. Ich gehe auf das Wort Belastung ein. Ich habe gesagt, dass das für die Teilnehmenden auch Belastung ist. Ja, das sind viele Termine. Wir haben festgestellt, dass mit dem Sommer – wir hatten einen sehr heißen Frühsommer – die Teilnahme ein bisschen geschwächt hat. Wir haben insgesamt zehn Teilnehmende verloren. Das ist ein sehr guter Wert für einen Bürgerrat, aber in einigen Sitzungen waren es wirklich weniger als die 102, die nachher abgestimmt haben. Das hat auch immer individuelle Gründe. Man kann über so einen langen Zeitraum gar nicht absehen, ob man nicht krank wird, ob nicht jemand in der Familie so krank wird, dass man sich um ihn kümmern muss. Wir hatten im Frühjahr eine Coronawelle, auch da sind Leute ausgefallen, aber das schöne Wetter hat sicherlich auch eine Rolle gespielt. Trotzdem sind wir mit dem Outdrop, den wir hatten, eigentlich sehr zufrieden. Das waren wenig, zehn Personen. Am Anfang hatten wir 112 dabei, weil wir schon wissen, dass zum Schluss weniger dabei sind und wir wenigstens 100 in der Abstimmung so als symbolische Zahl haben wollten – 100, dreistellig. 102 haben zum Schluss abgestimmt; das war gut. Die Diskussion mit den Abgeordneten war als eine zusätzliche, freiwillige Veranstaltung angekündigt. Die haben wir vielleicht auch ein bisschen spät angekündigt. Da hatten viele keine Zeit, und es waren tatsächlich sehr viel weniger. Ja, manche hätten tatsächlich gerne weitergemacht, können aber auch nicht zu allen Terminen. Man kann nicht in aller Tiefe jedes Thema diskutieren.

Ganz zum Schluss kam eine ganze Latte von Fragen: Ist denn nicht dieses noch behandelt worden? Hier fehlt mir eine Zeitschiene. Ist da auch die Zuständigkeiten von Land und Bund besprochen worden? –, usw. Wir haben schon ein ganz schön großes Programm mit unseren Handlungsfeldern gehabt und da einzusteigen, zu verstehen, worum es da geht – das war angelehnt an das, was im BEK drinsteht und im Beteiligungsprozess des BEK diskutiert worden ist –, kostet alles seine Zeit. Den Bürgerinnen und Bürger ist das zum Teil auch klar, dass sie Empfehlungen aussprechen, und sie gar nicht so genau wissen, ob das geht und umsetzbar ist. Wir können ihnen nur sagen: Ihr seid Bürgerinnen und Bürger. Ihr seid hier, um zu sagen, dahin soll es gehen. Ihr seid nicht die Fachleute dafür, die wissen, wie lange so eine Umsetzung dauert, wenn ich dafür brauche.

Insofern nehmen wir denen dort etwas die Sorge, sodass sie sich überhaupt trauen, Empfehlungen zu formulieren. Mehr ist da auch nicht zu schaffen. Ich meine, wir haben da schon eine ganze Menge geschafft. Dann müsste man ganz andere Verfahren machen und nicht nur zu jedem Handlungsfeld, sondern zu jeder Frage einen eigenen Bürgerrat machen. Das kann auch nicht der Sinn der Sache sein. Es gibt auch Experten und Expertinnen dafür, die das genauer wissen. Warum sollen die das Expertenwissen reintragen, damit die Bürgerinnen und Bürger genau das sagen, was die Experten ihnen vorgesprochen haben? Insofern: Da wo es in die Tiefe geht – da fehlt mir dies und das –, können Bürgerräte das so nicht leisten. Das muss ich so sagen. Das ist schade, aber so ist es.

Warum sind manchmal so merkwürdige Einzelempfehlungen gekommen? – Sie haben die E-Scooter angesprochen. Was hat das damit zu tun? Warum ist der Fachkräftemangel bloß bei der Wärmewende adressiert? – Wir diskutieren ergebnisoffen und wenn sich die Bürgerinnen und Bürger da festhaken – Bei den E-Scootern war das ganz klar: E-Scooter kamen in unserer Geschichte vom Alltag in der Zukunft vor – eigentlich ist es jetzt schon so. Die berühmte letzte Meile, die E-Scooter werden an besonderen Knotenpunkten bereitgestellt. Da kam ganz schnell die Alltagserfahrung, dass die überall im Weg stehen. Wir haben auch Menschen mit Beeinträchtigung gehabt, die sich besonders darüber geärgert haben, weil das ein bekanntes Problem ist. So kommt es da rein. Im Kontext der Angebote, die es für den öffentlichen Nahverkehr und für Mobilitätsketten gibt, werden E-Scooter nun einmal vorgestellt und da hakt man sich fest, weil man damit Erfahrungen gemacht hat.

Der Fachkräftemangel war an verschiedenen Stellen bei uns ein Thema, aber bei der Wärmewende ist es besonders aufgefallen. Dort ist es vom Input vielleicht besonders thematisiert worden – es ist an verschiedenen Stellen thematisiert worden –, aber da haben sie sich festgehakt und haben diese Empfehlung gemacht. Ich weiß, dass es die Diskussion darüber gab, ob wir das nicht allgemeiner machen wollen, das sei doch ein allgemeines Problem, aber sie sind darin frei, auch wie sie es formulieren. Es ist ja nicht verkehrt, dass es dort einen Fachkräftemangel gibt.

Zurück zu den Teilnehmenden: Wir haben bei der Repräsentation wie immer zu wenig Menschen mit einem niedrigen Bildungsstand. Den Bildungsstand nehmen wir immer als Indikator für die soziale Belastung insgesamt. Das korreliert sehr oft mit einem niedrigen Einkommen, schlechter Arbeit, schlechten Wohnverhältnisse, oft einem schlechten Gesundheitszustand. Wir kennen das. Wir erheben den Bildungsstand, und da haben wir mit 7 Prozent zu wenig Niedriggebildete. 7 Prozent ist allerdings schon eine ziemlich gute Marke, wenn man schaut, was sonst erreicht wird. Wir haben es geschafft, dass sie wirklich auf Augenhöhe mit allen anderen mitdiskutieren konnten. Wir sind ganz gut beim mittleren Bildungsstand mit 38 Prozent, die Hochgebildeten sind mit 54 Prozent wie immer überrepräsentiert.

Zum Migrationshintergrund: Wir hatten 29 Menschen mit einem Migrationshintergrund dabei. Das finde ich einen sehr guten Wert. Mir ist nicht in Erinnerung, dass es speziell thematisiert worden ist, zumindest nicht im Plenum. In den kleinen Gruppen war ich selbst nicht mit dabei, aber es ist von den Moderatorinnen und Moderatoren nicht berichtet worden, dass Migrantinnen und Migranten und Klimaschutz irgendwie besonders thematisiert wurde. Wir hatten einige Teilnehmende dabei, die nicht genug Deutsch konnten, und hatten Dolmetscherinnen und Dolmetscher im Einsatz, die sehr wichtig und wertvoll für den ganzen Prozess waren, sodass die ziemlich gleichberechtigt waren. Die haben es durch die Übersetzung natürlich ein bisschen verzögert gehört, aber das war wirklich ganz wertvoll und ist von den Menschen, die das in Anspruch genommen haben, sehr geschätzt worden.

Zu den Außenbezirken: Wir haben eigentlich nur mit Friedrichshain-Kreuzberg, einem ausgesprochenen Innenstadtbezirk, eine Überrepräsentation gehabt. Das sollten 8 Prozent der Bevölkerung sein und sind 13 Prozent geworden. Ansonsten haut es so in etwa hin. Mitte ist dafür etwas unterrepräsentiert. Da gleicht es sich bei den Innenstadtbezirken etwas aus. Auch Charlottenburg ist etwas unterrepräsentiert. Richtig unterrepräsentiert ist Spandau, nur 3 Prozent statt 7 Prozent. Warum das so ist, können wir gar nicht so sagen. Wir haben keine Daten darüber, wer – die Bezirke laufen auf das Zentrum zu, ähnlich wie die Brandenburger Landkreise auf Berlin zusteuern – aus dem äußeren Bereich kommt und wer nicht. Das können wir nicht leisten. Wir können das nur nach den Bezirken aufschlüsseln.

Wir haben aber im Klimabürger- und -bürgerinnenrat sehr wohl die Pendlerproblematik behandelt, und zwar bei der Mobilität. Wir haben dort extra ein Szenario von einem Menschen gemacht, der Pfleger in der Charité ist – das sind so kleine Alltagsszenarien –, im Wedding seine Arbeitsstelle hat und in Teltow wohnt. Den haben wir durch ein Szenario nach Dienstschluss spät am Abend in Richtung Teltow unter der Maßgabe, dass es schon die emissionsfreie Innenstadt gibt, geschickt. Sie sehen, wir haben Pendlerinnen und Pendler dabeigehabt und es auch nicht geschönt, was das für die bedeutet, weil man wirklich darüber reden muss, was das konkret im Alltag bedeutet. Sonst bleibt man auf einer übergeordneten Ebene, wo alle sehr schnell zustimmen können. Wir haben ansonsten gerade bei der Mobilität nicht nur diese Arbeitspendelbewegung gehabt, sondern auch Ausflüge ins Umland. Es ging immer um lange Strecken, wo die Berliner Stadtgrenze überwunden wird. Insofern glaube ich, dass wir das ganz gut abgedeckt haben, und es ist auch diskutiert worden.

Das Onlineformat: Wir haben eigentlich alle unsere Teilnehmenden im Onlineformat sehr gut mit dabei gehabt. Wir unterstützen die technisch, wir machen vorher Veranstaltungen, wo man das auch lernen kann, wir haben während der Veranstaltungen eigene Mitarbeiter am Start, die Eins-zu-eins-Betreuung per Telefon machen. Wir haben einen Teilnehmer gehabt,

wo wir sogar jemanden bei ihm im Heim hatten. Später ist er, glaube ich, im Quartiersmanagement untergekommen und hat dort an den Sitzungen teilgenommen. Es gibt immer mal wieder Verbindungsschwierigkeiten. Wir hatten eine Teilnehmerin, die sehr viel im Urlaub war und das Onlineformat besonders toll fand, die sich aus ihren Hotelzimmern eingewählt hat und da war das WLAN oft ein bisschen zu schwach. Die ist oft rausgeflogen, aber sonst würde ich sagen, dass online gut funktioniert, wird auch geschätzt, hat für manche auch wirklich Vorteile. Es ist nicht so, dass Präsenz immer besser ist und besser angenommen wird. Das könnte ich so nicht sagen. Wir machen das aber auch besonders schön, aber dazu können Sie auch Frau Al-Mardini-Krukow fragen, wie sie das empfunden hat.

Die Auswahl der Expertinnen und Experten: Wir haben als Expertinnen und Experten eigentlich immer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler gewonnen, um diese Alltagsszenarien auch wissenschaftlich einbetten zu können. Die sind auch mit denen zusammen entwickelt worden, weil wir die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler als neutrale Vortragende haben wollten. Man kann das auch so machen, dass man verschiedene Interessengruppen auftreten und dazu Stellungnahmen abliefern lässt. Darauf haben wir hier verzichtet, weil wir sehr stark mit diesen Alltagsgeschichten aus der Zukunft und den Visualisierungen gearbeitet haben. Die sind in einem wissenschaftlichen Input besprochen worden. Die Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen wurden extra gebrieft, dass sie sehr einfach reden müssen, wir hatten ein Liveglossar, wo schwierige Wörter erklärt wurden. Das war unser Konzept dazu. Diese Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler haben wir gemeinsam mit unserem Ansprechpartner aus der Senatsverwaltung, Herrn Kendzia, abgestimmt. Es gibt immer eine ganze Reihe, die man kennt, die infrage kommen würden, und wir haben uns bei allen bemüht, und wir haben überall gute Referentinnen und Referenten gefunden. Da ist auch die Frage, wer Zeit hat und verfügbar ist.

Stakeholder: Das sind verschiedene Interessengruppen, die es gibt. Sie haben gesagt: Tritt dann der ADFC oder der ADAC auf? –, wenn wir mal das Thema Mobilität nehmen. Ja, so etwas gibt es auch. So kann man es auch konzipieren. Wir haben es so gemacht, dass wir das per Videointerview eingefangen haben und unseren Teilnehmern über eine Informations- und Kommunikationsplattform, die nur für die Teilnehmenden war, zur Verfügung gestellt haben. Es ist auch wichtig, dass diese Sichtweisen mit reinkommen. Wir haben die teilweise auch in den Szenarien, den Alltagsgeschichten, drin gehabt, aber wenn man an die emissionsfreie Innenstadt denkt, dass man auch jemanden aus dem Unternehmensbereich hat. Wir haben zum Beispiel jemanden vom Verband der Kurierdienstleister, also den Menschen, die mit den Lieferwagen herumfahren und auf freie Straßen angewiesen sind, interviewt. Sämtliche Stakeholder können wir nicht machen, es ist immer eine Auswahl. Wir können die Teilnehmenden auch nicht mit zu viel Informationen belasten.

Denn dann haben wir das Problem, dass wir 54 Prozent Hochgebildete haben – wo ich voraussetze, dass die Informationen schneller verarbeiten können und sich da einlesen –, dass wir auch Menschen haben, die mehr Zeit hatten, Rentner, die vielleicht noch mehr Zeit als Berufstätige haben, und dass wir andere haben, denen schon eine DIN-A4-Seite ein bisschen viel ist und die sich nicht in der Menge damit beschäftigen. Insofern ist es immer eine Auswahl an Information, die wir bereitstellen. Wenn aber weitere Informationen in den Sitzungen angefragt werden, oder auch Themen- oder Referentenvorschläge gemacht wurden – alle Teilnehmenden konnten Themenvorschläge machen: Hier wollen wir uns noch vertiefen, das

hat mir noch gefehlt –, dann haben wir uns darum bemüht, das zu realisieren. Wir haben extra eine ganze Sitzung nur für solche eigenen Vorschläge der Teilnehmenden reserviert.

Jahresbericht: Wir halten es für eine sehr gute Form, den Bürgerinnen und Bürgern und auch der Öffentlichkeit darüber Rückmeldung zu geben, was mit den Empfehlungen passiert ist. Es ist schon klar, dass man die nicht direkt umsetzen kann. Das dauert seine Zeit, vermutlich auch mehr als ein Jahr, aber das ist eine super Form.

Wie bleiben wir in Kontakt? – Wir bleiben – das habe ich schon gesagt – gar nicht in Kontakt, weil wir die Daten löschen müssen. Wir wissen aber, dass es Organisationen für mehr Demokratie möglicherweise auch in anderen Initiativen gibt. Es gibt da eine ganze Reihe. Das steht allen, die teilgenommen haben, die Bürgerrätinnen und Bürgerräte waren, frei. Wir wissen auch, dass es aktivierend wirkt. Uns erreichen gelegentlich E-Mails von den Teilnehmenden, wo sie auch davon berichten. Das finden wir auch sehr schön und über den Klimaschutz hinaus eine großartige Wirkung von solchen Formaten, dass Menschen wieder für ein solches gesellschaftliches Engagement begeistert werden. Ich denke, die tragen das auch weiter.

Was erwarten die Teilnehmenden? – Natürlich dass Sie daran arbeiten. Die erwarten nicht, dass das alles umgesetzt wird, aber die erwarten, dass daran gearbeitet wird, und die erwarten Tempo.

Das Themenfeld Arbeitsplätze und Unternehmen: Wir haben uns in diesem Bürger- und Bürgerinnenrat darauf konzentriert, die Aspekte zu behandeln, die besonders bürgernah sind, also dass eigene Erfahrungen der Bürgerinnen und Bürger vorkommen. Wir haben das nicht als ein politisches Gremium gemacht, wo man über die gesamte Spannweite von Entscheidungen informiert ist und dann entscheidet, sondern darauf zugeschnitten, wo die Bürgerinnen und Bürger als Experten in eigener Sache Auskunft geben können. Insofern haben wir den Unternehmensbereich nur bis dahin berücksichtigt – kleinere Handwerksbetriebe, kleinere Läden –, wo nur wenig Beschäftigte und geringerer Umsatz sind. Da können wir uns gut vorstellen, dass wir die auch in der Zufallsauswahl mit drin haben. Die größeren Unternehmen haben ihre eigenen Möglichkeiten, ihre Interessen im politischen Raum zu vertreten, während das die anderen nicht haben. Auch deswegen haben wir es abgeschnitten, aber auch, weil wir dachten, das, was Bürgerinnen und Bürger sagen können, wo sie eigene Erfahrungen haben, ist vielleicht gerade noch bei kleineren Unternehmen der Fall, und die haben wir mit drin gehabt.

Abstimmungsfragen: Wir haben nicht als Durchführer gesagt, wir stimmen jetzt über die Frage „Klimaschutz hat oberste Priorität“ ab, sondern das ist von den Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Klimabürger- und -bürgerinnenrats selbst entwickelt worden. Unsere Fragen beziehen sich auf die Sitzung selbst, und das waren eigentlich recht einfache Fragen. Wir haben in den Geschichten zentrale Maßnahmen vorgestellt und haben für die Diskussion gesagt: Tauschen Sie sich darüber aus. Was halten Sie denn davon? Was ist Ihnen in diesem Handlungsfeld wichtig geworden? –, also sehr offen. Von manchen haben wir die Rückmeldung, dass ihnen das zu offen war. Zum Schluss sollten Vorschläge gemacht werden: Worauf kann man sich in so einer kleinen Gruppe einigen? Wo könnte eine Empfehlung hingehen? – Da haben wir gar keinen Einfluss genommen. Ich habe es vorhin schon gesagt, dass wir neutral sind und darauf legen wir auch sehr viel Wert. Das muss auch so sein. Wir haben da wirklich gar keinen Einfluss genommen. Das ist alles von den Bürgerinnen und Bürgern selbst so ge-

kommen. Wir bieten den Rahmen für die Diskussion und reagieren viel auf den Input, der da gewesen ist, und den haben wir mit dem BEK-Prozess abgestimmt, damit das gut ineinander passt. Wir haben hier mit dem, was die Bürgerinnen und Bürger erarbeitet haben, eine eigene Stellungnahme dazu.

Die Zuständigkeiten von Land und Bund sind ein bisschen angesprochen worden. Dazu gab es auch eine Frage, wie das Feedback von der Senatsverwaltung zu verstehen ist. Die Senatsverwaltung selbst wollte eigentlich gar kein Feedback geben. Wir haben die wirklich sehr davon überzeugt, dass die Empfehlungen auch gewinnen. Die Bürgerinnen und Bürger wollen gerne gute Empfehlungen machen. Die wollen hinterher nicht vorgeführt werden, dass gesagt wird: Das ist doch Quatsch, das kann das Land Berlin gar nicht. – Das wäre auch unangemessen. Das ist denen auch bewusst, dass sie sich da nicht richtig auskennen. Insofern waren wir sehr dankbar dafür, dass uns die Senatsverwaltung ein wenig Feedback gegeben hat, und das hat es an einigen Stellen auch gegeben. Wie ist das gekommen? – Die sind nicht selbst im Klimabürger- und -bürgerinnenrat aufgetreten, sondern wir haben für die letzte Sitzung dieses Feedback zu den Empfehlungsentwürfen schriftlich aufgearbeitet und immer dazu gesagt: Hier gibt es ein Feedback dazu. Sie können das aufnehmen oder Sie können es auch verwerfen und sagen: Das ist uns egal, das müssen wir nicht wissen. Das können die hinterher machen. – Sie haben das schriftlich vorgelegt bekommen und konnten frei entscheiden, wie sie damit umgehen. Das ist eben ein ergebnisoffenes Verfahren.

Genauso hatten wir übrigens auch Feedback aus einem Prozess, wo Zivilgesellschaft und Stakeholder organisiert waren. Das ist parallel gelaufen, aber nicht direkt mit dem Klimabürger- und -bürgerinnenrat verknüpft und wurde von Klimaneustart und „Mehr Demokratie“ organisiert. Das haben wir schriftlich, allerdings abgestuft, unseren Teilnehmenden zur Verfügung gestellt – nicht in einem Dokument wie das Feedback aus der Senatsverwaltung zu den Empfehlungsvorschlägen, sondern so, wie die das erfasst haben, haben wir das als große Poster im Veranstaltungsraum aufgehängt und hatten einige Ausdrucke für die, die noch einmal reinschauen wollten. Das wird weniger zur Kenntnis genommen, weil es auch viel Information ist, die verarbeitet werden muss.

Wie wurde die Stadtgesellschaft erreicht? – Sie haben unsere Broschüre angesprochen, die über den Tagesspiegel verteilt worden ist. Wir waren super dankbar dafür. Da sind, glaube ich, 20 000 Exemplare verteilt worden. So einen hohen öffentlichen Wirkungsgrad haben wir noch nie mit einem Bürgerrat erreicht. Trotzdem ist es selbstverständlich, dass viele Menschen gar nicht wissen, dass es das gegeben hat. Wenn wir das wollten, müssten wir einen Aufwand betreiben, wie er zu Wahlen mit Großplakaten gemacht wird, und das ist eine Frage der Ressourcen, also wie viel Geld man in Öffentlichkeitsarbeit stecken will. Wir haben eine sehr gute Presse- und Öffentlichkeitsarbeit gehabt, die eigens zum Klimabürger- und -bürgerinnenrat ausgeschrieben worden ist. Wir haben wirklich sehr viele Presseartikel, Fernsehberichte, Abendschau, Hörfunk, Zeitungsnotizen, Berichte gemacht.

Die Informationsjunkies haben es bestimmt mitbekommen, aber da sind wir wieder bei der sozialen Repräsentation. Das sind eher oft die Hochgebildeten. Da wird es eher angekommen sein als bei den anderen, und selbst da, wenn man gerade an dem Tag keine Zeitung gelesen hat oder kein Abonnent ist, hat man die Broschüre nicht bekommen. Das bleibt weiterhin ein Problem, denn natürlich wird in einem Klimabürger- und -bürgerinnenrat gewissermaßen stellvertretend für die Gesellschaft verhandelt, und da wäre es gut, wenn es die Gesellschaft

mehr erfährt. Wir sind da noch weiter am Probieren, haben gerade ein Angebot geschrieben in einer anderen großen Stadt, wo wir sagen, dass wir unsere Teilnehmenden am Sonnabend auf den Markt in direkte Diskussionen schicken wollen. Wir werden sehen, was dieses Format dabei bringt.

Wettbewerbsfähigkeit des Standorts Berlin: Darauf bin ich schon eingegangen. Das gehörte nicht zu unserem niedrigschwelligen Themenzuschnitt.

Welche Kosten sind die Bürgerinnen und Bürger bereit, selbst zu tragen? – Die sind schon bereit, Kosten zu tragen. Ich erinnere daran, dass wir Empfehlungen etwa Schutz vor Mieterhöhungen hatten. In dieser Sitzung, wo es um Wohnen und energetische Sanierung ging, ging die Diskussion unglaublich viel um Mieten. Da entfernten sich die Diskussionen oft auch, und wir mussten sie immer wieder zum Klimaschutz zurückschicken, weil das ein Thema ist, das sehr vielen Angst macht. Trotzdem ist „Schutz vor Mieterhöhung“ nicht über die Zwei-Drittel-Grenze gekommen, sondern nur auf 62 Prozent – was ein schwaches Ergebnis für einen Klimabürger- und -bürgerinnenrat ist. Das ist denen schon klar, dass das was kostet, und da sind die auch bereit, das mitzutragen. Auch sonst sind die schon bereit zu verzichten: auf eigene Automobilität, auf Bequemlichkeit. Dass es teurer wird, ist ihnen schon klar, auch dass Parkplätze, Autos, Energie, dass das alles teurer werden muss, ist den Teilnehmenden schon klar. Es ist aber schwierig zu fragen, was sie sich das kosten lassen würden, weil man das gar nicht darstellen kann, was den Einzelnen eine bestimmte Maßnahme kostet. Manchmal kann man sich das ganz gut erschließen. Dann wird gesagt: Autofahren darf nicht zum Privileg für Reiche werden. – Da haben sie gesagt, das muss eben teurer werden, das ist eine gute Maßnahme, dass das teurer wird, aber es darf nicht zum Privileg werden. Da müsste man mit kreativen Lösungen ran, wie auch Nichtreiche dürfen, wie man das machen soll. – Ich glaube, ich bin durch!

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ: Vielen herzlichen Dank! Sie werden nach der zweiten Runde wieder das Wort ergreifen dürfen. Dann wird jetzt Frau Beatrice Al-Mardini-Krukow das Wort erteilt bekommen. Sie haben fünf Minuten Zeit. Schade, dass Sie später dazugekommen sind! Sie werden nach der zweiten Runde auch die Möglichkeit haben, die Fragen zu beantworten. Sie haben das Wort. – Danke!

Beatrice Al-Mardini-Krukow (Berliner Klimabürger- und -bürgerinnenrat): Schönen guten Tag! Es tut mir wahnsinnig leid, dass ich zu spät gekommen bin. Ich habe mich total verfahren, und jeder, den ich gefragt habe, war nicht von hier, sprach kein Deutsch oder wusste nicht, wo er ist. Ich bin bestimmt fünfmal um den Alex gefahren, aber ich bin Fahrradfahrer. – Ich muss sagen, beim Klimabürger- und -bürgerinnenrat war es für mich sehr überraschend, dass man als einfacher Bürger so einfach angeschrieben und gefragt werden kann, ob man mitmachen will, und das habe ich sofort gemacht. Das fand ich toll. Es war für mich wie so ein Jackpot. Ich muss sagen, dass die Christine es super gemacht hat. Noch einmal schönen Dank an Christine! Das war eine hervorragende Organisation. Im Nachhinein habe ich überlegt, dass es wahrscheinlich viel besser und viel effektiver gewesen war, das online zu machen. Wenn ich mir vorstelle: Wir waren erst alle in der großen Gruppe zusammen, saßen vorm PC, dann hieß es Kleingruppen, und innerhalb von Nullkommanix waren wir alle in irgendwelchen Kleingruppen, mussten also die Wege nicht laufen. Es war definitiv eine Zeitersparnis, auch wenn sich manche so wie ich mit dem PC schwergetan haben. Das hat aber

wunderbar geklappt. Die Präsenzveranstaltungen waren eigentlich die anstrengendsten, weil die ziemlich lange gingen, jeder dazwischenredete, und, und, und.

Für mich war der Prozess sehr schön. Deswegen war ich auch so oft dabei, und das, was wir aufgestellt haben, ist für mich sehr wichtig. Ich muss einfach sagen, weil ich auch am ersten Leitsatz wahnsinnig mitgearbeitet habe: Alle müssen sich mal überlegen – die, die hier sitzen, werden es vielleicht nicht erleben –, dass unsere Enkel und Urenkel keine vernünftige Erde mehr haben werden. Die haben keine Ressourcen. Wir leben über unseren Verhältnissen. Das kann doch wohl nicht sein. Es ist nicht so, wie wenn man in Schulden kommt, dass man dann einen Schuldenberater hat. Ich weiß nicht woran es liegt. Geld, Geld, Geld – ja, das ist richtig, aber ganz einfaches Beispiel: Deutschland ist mit das einzige Land, was noch kein Tempolimit hat. Ja, warum? Da sparen wir schon eine Menge, wenn wir einfach knallhart 130 sagen. Ich weiß es nicht. Das Privileg des Autofahrens, dass das teurer werden muss: Das finde ich sozial ungerecht. Deswegen würde ich lieber sagen, dass generell niemand ein Auto haben darf, oder jeder darf sich eins mieten oder sharen, wie sie alle rumstehen. Das muss schon für alle verfügbar sein, aber wir müssen auf unsere Erde achten. Wir haben jetzt schon die Ressourcen verbraucht. Ich verstehe es nicht, warum das nicht in alle Köpfe reingeht. – So, jetzt dürfen Sie mich etwas fragen, ich habe mich genug echauffiert!

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ: Vielen herzlichen Dank! – Frau Wolff, Sie haben das Wort!

Dunja Wolff (SPD): Vielen herzlichen Dank! – Frau Al-Mardini-Krukow, erst einmal vielen Dank, dass Sie heute überhaupt noch gekommen sind, denn Sie haben schon viel Zeit damit verbracht! Wir haben uns vorhin – da waren Sie noch nicht da – fraktionsübergreifend bedankt, dass alle sich ehrenamtlich diese Zeit genommen und sich eingebracht haben. Ich glaube, aus Ihrem Enthusiasmus rauszuhören, auch Dr. von Blanckenburg, dass Sie hier wirklich ganz aktiv mit allen zusammen waren. Ich glaube, das ist schon ziemlich deutlich herauszuhören. Dass Sie sich hier echauffieren, ist, glaube ich, überhaupt kein Problem. Verständlich ist es schon. Sie wissen, die Mühlen mahlen manchmal ein bisschen langsam, aber trotzdem wird sich hier im Ausschuss sehr bemüht, die Dinge anzupacken und umzusetzen. Insofern kann ich gut nachvollziehen, was Sie gerade gesagt haben.

Herr Reifschneider! Sie haben vorhin gesagt, dass man von dem Verfahren in der Öffentlichkeit nichts hören würde. Es ist vielleicht ganz gut, dass der Klimabürger- und -bürgerinnenrat in Ruhe tagen konnte und nicht gleich mit ganz vielen Anfragen nach einem Zwischenbericht usw. konfrontiert war. Wir wissen, wie das manchmal ist. Da ist etwas noch nicht mal ganz entschieden, oder man hat sich noch gar nicht ganz geäußert und dann müssen die Menschen gleich für viele Interviews usw. usf. herhalten. Nichts gegen die Medien, aber wir wissen auch, dass manchmal zu früh etwas rausgeht, und dann ist vielleicht gar nicht mehr die Ruhe da. Insofern finde ich es ganz schön, dass ganz in Ruhe miteinander gesprochen werden konnte. Richtig und gut finde ich auch, dass man später weiß, dass das passiert ist. Das können wir auch ganz gut kommunizieren, dass es diesen Bürgerrat gab und dass das passiert ist. Insofern auch ein Dankeschön an die Senatsverwaltung, dass das so gut geklappt hat!

Meine Frage ist, inwieweit sich die Senatsverwaltung darauf beziehen wird. Letzten Endes ist es ein Rat. Der Klimabürger- und -bürgerinnenrat sollte nicht in der Verantwortung stehen für das, was sie gesagt haben, aber ernst genommen werden. Das ist selbstverständlich. Wird sich die Senatsverwaltung in den Maßnahmen sehr stark auf diesen Rat beziehen und sagen: Das

sind die Empfehlungen, so ist es gesagt, und so machen wir es jetzt –, oder sagen Sie: Es ist ein Teil davon, und es ist selbstverständlich, das in unsere Umsetzung miteinzubringen. –? Der Austausch und wie das kommuniziert wird, wird noch wichtig werden. Ich glaube, das ist schon sehr sensibel zu behandeln, auch weil die Menschen, die sich eingebracht haben, sicher möchten, dass das ernst genommen wird. Auf der anderen Seite ist es begrüßenswert, wenn so ein Bürger- und -bürgerinnenrat noch einmal zusammenkommt – das müssen wir alle wissen – der in eine Begebenheit kommt, die sich eventuell verändert hat. Denn im Moment haben wir das Gefühl, dass sich alles in Sekunden ändert. Die Voraussetzungen werden vielleicht immer wieder andere sein. Insofern ist das mit sehr großer Sensibilität zu behandeln. – Vielen Dank!

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ: Danke, Frau Wolff! – Herr Hansel, bitte!

Frank-Christian Hansel (AfD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Schönen Dank, dass Sie da sind! Ich habe mich auf Sie gefreut. Zunächst die Frage: Wie sind Sie an die an Sie herangetragene Fragestellung herangegangen? Wie frei waren Sie in Ihrer Arbeit, selbstkritisch die Eingangsthesen zu hinterfragen, eigene Vorschläge einzubringen, die noch nicht durch den derzeitigen öffentlichen Diskurs geprägt sind? Wurde die Aussage, dass es sich hierbei vorrangig um die Einsparung von CO₂ geht, dass das Land hierzu verschiedene Vorgaben gemacht hat, als verbindlich vorgegeben, oder konnten Sie zu den Rahmenbedingungen Ihrer Vorschläge einen freien, offenen Diskurs untereinander führen ohne solche Vorgaben? Mit anderen Worten: Wie frei waren Sie in Ihrer Ideenfindung? Waren abweichende Meinungen, Ideen oder Vorstellungen möglich, welche Empfehlungen man aussprechen will? Wurde dies gefördert? Wurde zum Beispiel die Möglichkeit eröffnet, dies als Minderheitenvotum des Bürgerrats mit in die Empfehlungen aufzunehmen oder wurde sich überwiegend dahin orientiert, Mehrheitsquoten oder gar einstimmige oder konsensuale Voten in den Vordergrund zu rücken? In Ihrer Darstellung fand ich auch nur ein einziges Minderheitenvotum, nämlich den Vorschlag, für die Berliner Wohneigentum zu fördern, was übrigens einen Verfassungsgrundsatz in Artikel 28 darstellt, vom linksgrünen Senat allerdings momentan leider nicht umgesetzt.

Erfreulich fand ich den Aspekt, dass Sie das Minderheitsvotum, aber auch die Mehrheitsvoten entsprechend gekennzeichnet haben. Es fällt auf, dass über 80 Prozent der Vorschläge mehr oder weniger wörtlich aus den Vorgaben und bekundeten Maßnahmen des rot-grün-roten Senats der letzten sechs Jahre abgeleitet sind, für Politiker und als Politiker also keinerlei Neuwertigkeit haben. Daher ist die Frage, inwieweit man Ihnen textliche Vorschläge oder Vorgaben gemacht, angefangen bei der Bezeichnung des Gremiums in einer Kunstsprache, die 85 Prozent der Bevölkerung ablehnt, Tendenz steigend, nämlich Gendersprache mit Genderdoppelpunkt. War das in Ihrem Bürgerrat Thema, oder wurde das vorgegeben und als Gesetz angenommen? – Das wären meine Fragen. Vielen Dank!

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ: Danke, Herr Hansel! – Als Nächstes ist Herr Reifschneider an der Reihe.

Felix Reifschneider (FDP): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Ich danke Frau von Blanckenburg für die ausführlichen Antworten zu meinen Fragen! Frau Al-Mardini-Krukow, ich danke Ihnen auch, dass Sie uns Ihre persönliche Motivation und ein bisschen auch das Feeling der Teilnehmenden vermitteln konnten. Das ist sehr wichtig, weil es nicht nur ein organisierter Prozess ist, sondern er lebt davon, dass – in Anführungszeichen – zufällig zusammengewürfelte Bürgerinnen und Bürger daran teilnehmen. Könnten Sie uns sagen – vielleicht aus Ihrer Erfahrung – ob das auch als Instrument interessant war, politisches Engagement zu stärken oder zu erhöhen? Haben die Teilnehmenden Ihrer Auffassung oder Ihrer Beobachtung nach einen gemeinsamen Lernprozess durchlaufen, oder ist man genauso schlau rausgegangen, wie man reingegangen ist? Ich nehme an, dass die Laute alle in bisschen schlauer rausgegangen sind. Wenn man Bürgerräte – vielleicht auf Bezirks- oder Kiezebene, da gibt es ganz viele Kiezentwicklungsprojekte, – betrachtet: Könnten diese ein interessantes Instrument sein, um gemeinsame Lernprozesse zu organisieren und politische Teilhabe dauerhaft zu verstärken, einerseits über so einen Rat, andererseits aber auch danach? Das würde mich interessieren. – Vielen Dank!

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ: Danke, Herr Reifschneider! – Herr Koçak, bitte!

Ferat Koçak (LINKE): Vielen Dank von mir und von der Fraktion Die Linke! Ich habe eine einfache Frage. Das war eine gute Durchmischung von Leuten, die da zusammengekommen sind. Hatten Sie das Gefühl, dass sich alle von ihnen – die Frage kam in etwa schon ein paar Mal auf – schon einmal mit dem Thema Klimakrise und deren Bekämpfung beschäftigt haben, oder waren auch Leute dabei, die fern ab vom Thema waren? Was mich noch interessieren würde: Gab es auch Leute, die dazugekommen sind, obwohl Sie politisch vielleicht – ich gehe einmal soweit – die Klimakrise leugnen würden? Gab es auch solche Vorfälle in den Diskussionen, wo Sie mit einzelnen Forderungen gegen Mauern gelaufen sind?

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ: Danke, Herr Koçak! – Herr Dr. Taschner, bitte!

Dr. Stefan Taschner (GRÜNE): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Vielen Dank auch von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, dass Sie heute wieder in das Abgeordnetenhaus gekommen sind, um Ihre Erfahrung mit uns zu teilen. Ich habe nur zwei Fragen. Die eine Frage ist: Wenn Sie in einem Jahr von der Senatorin Jarasch wieder eingeladen werden, um Rückschau zu halten, was Sie vor einem Jahr abgegeben haben, was erwarten Sie, was davon umgesetzt worden ist? Was erwarten Sie von der Politik im Allgemeinen, nicht nur von der Koa-

lition, sondern auch von der Opposition, hier gemeinsam Dinge umzusetzen? In Ihren Empfehlungen sind viele schöne Dinge enthalten, wo die Opposition viele Sachen nicht mitmachen würde – die A 100 zum Beispiel. Was ist die Erwartungshaltung von Ihnen persönlich? Wie schätzen Sie den Rat ein?

Die zweite Frage, das Instrument: Ist es ein Instrument, so einen Bürgerinnen- und Bürgerrat zu etablieren, wo Sie sagen: Ja, das finde ich eine gute Sache. Das kann man gerne machen, gerne noch einmal zu dem Thema. –? So etwas fände ich spannender als eine Enquete-Kommission, Herr Freymark. Mit einer Enquete-Kommission tagt man Jahre über Jahre und erzählt sich all das, was wir schon wissen, wie der Kollege Buchholz angemerkt hätte, wenn er noch hier wäre. Wir müssen in die Umsetzung kommen. Da sind wir uns eigentlich einig. Deswegen ist die Frage: Brauchen wir so eine Art Bürgerinnen- und Bürgerrat als eine andere Form des Monitorings von dem, was passiert ist, um mal nicht zu sagen, was letztendlich gemacht werden soll, sondern um zu schauen, was denn seit dem letzten Mal passiert ist und warum es nicht vorwärtsging? – Vielen Dank!

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ: Jetzt bin ich dran. Ich möchte kurz meine Rolle vom Ausschussvorsitzenden zum Sprecher für Landwirtschaft und Ernährung meiner Fraktion wechseln.

Dr. Turgut Altuğ (GRÜNE): Ich habe eine Frage an Frau Dr. von Blanckenburg bzw. ein kurzes Statement: Ich habe mich gefreut zu lesen, dass auch das Thema Lebensmittelverschwendung bzw. auch die Pflege von öffentlichen Grünanlagen und auch das Thema Entsiegelung debattiert wurden. Meine Frage lautet, ob auch der Fleischkonsum thematisiert wurde. In Berlin haben wir keine Massentierhaltung, aber wir sind eine der größten Konsumentenstädte. Bekanntlich verursacht der Fleischkonsum, aber auch die Landwirtschaft klimaschädliche Gase. Inwieweit wurde darüber diskutiert? Ich bedanke mich bei allen Teilnehmenden. Es wäre tatsächlich wichtig und gut, wenn solche Formate in den Bezirken – einige haben Bezirksklimaräte – fortgeführt werden können.

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ: Ich wechsele wieder in meine Rolle als Ausschussvorsitzender. Als Nächster hat sich Herr Freymark gemeldet, weil er sich von Herrn Dr. Taschner angesprochen gefühlt hat.

Danny Freymark (CDU): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Herr Dr. Taschner hat mich direkt adressiert, vielen Dank! Ich schätze unsere konstruktive Zusammenarbeit. Bei der Enquete-Kommission haben Sie uns womöglich noch nicht richtig verstanden. Wir sind uns komplett einig, dass es nicht darum geht, eine weitere Institution aufzubauen, die noch einmal die Situation beschreibt oder von einem Tisch zum anderen schiebt, sondern die Ausgestaltung der Enquete-Kommission obliegt dem Parlament. Sie haben gerade einen Vorschlag in Richtung des Klimabürger- und -bürgerinnenrats gemacht: Können wir da nicht ein bisschen ins Monitoring kommen? – Ich würde vorschlagen, wenn wir gemeinsam zu der Erkenntnis kämen – und es kann nur gemeinsam passieren, eine Einzelinitiative der CDU würde nicht helfen –, eine Enquete-Kommission einzusetzen, diese mit der Idee einzusetzen, die Dinge nicht zusammenzutragen, sondern die Ergebnisse, die jetzt schon vorliegen, zu monitorieren – mit Hinzunahme von Expertise aus der Stadtgesellschaft, Vertreterinnen und Vertretern des Klimabürger- und -bürgerinnenrats – wo ich weiß, dass sich einige wünschen würden, parlamentarisch angebunden zu bleiben, um zu sehen, dass etwas passiert –, sogar Fridays for Fu-

ture und andere miteinzubeziehen und dann zu sagen: Okay, was sind die Ergebnisse einzelner Senatsverwaltungen, was ist das Ergebnis des Gesamtsenats, und was kann der Beitrag des Parlament sein? –, nicht um zusammenzutragen, was noch fehlt, sondern um zu kontrollieren, was schon beschlossen ist.

Die Beschlüsse des Klimabürger- und -bürgerinnenrats werden garantiert – unabhängig davon, wer im Februar gewählt wird oder nicht – im nächsten Jahr zum gleichen Zeitpunkt nicht umgesetzt sein. Wir wissen heute schon, dass Ihre Ergebnisse zwar schön sind, aber nicht umgesetzt werden. Ich möchte aber in die Umsetzung kommen, deswegen keine Diskussions-enquete, sondern eine Kontrollenquete. Uns obliegt es, das einzusetzen. Bisher hat sich die Koalition dazu nahezu ausgeschwiegen. Herr Dr. Taschner hat das heute durchbrochen. Womöglich ist das der Auftakt für eine Enquete in der Ausgestaltung, wie Sie es gerade formuliert haben und was wir uns schon lange wünschen.

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ: Danke, Herr Freymark! – Ich erteile das Wort an Frau Al-Mardini-Krukow für die Beantwortung der an sie gestellten Fragen. – Bitte schön!

Beatrice Al-Mardini-Krukow (Berliner Klimabürger- und -bürgerinnenrat): Ich hoffe, dass ich das noch alles hinbekomme! Zu dem ersten Fragestellenden: Wir durften selbst entscheiden. Die Themen waren grob vorgegeben, aber wir durften auch eigene Themen einbringen. Wir waren in Kleingruppen, das waren acht bis zehn Leute in einer Kleingruppe, und da ging es ratzfat, dass einer eine neue Idee hatte, der Nächste hatte gesagt: Mensch, das gehört auch noch dazu. – Der Input von Christine war wirklich gut ausgewählt, aber wir konnten auch neue Sachen einbringen. Das war das Erste. Ich fand es einfacher.

Jetzt zu dieser Gendersprache: Es ist doch viel einfacher „Bürger:innen“ zu sagen als „Bürger und Bürgerinnen“, was die Fernsehsprecher sagen. Das ist doch wesentlich kürzer, wenn ich sage „Liebe Bürger:innen!“. Warum weigern sich die meisten? Dann fühlen sich die Frauen auch mit angesprochen. Ich finde das gut.

Das Instrument war schön – ich weiß nicht, wer mich das gefragt hat –; das fand ich toll. Ich muss sagen, dass wahrscheinlich die meisten, die dabei waren, von dieser Anfrage überrascht waren, weil sie ausgelost worden sind. Es waren bestimmt viele Leute dabei, die sich vorher noch nie mit diesem Thema auseinandergesetzt haben. Deswegen sind leider welche abgesprungen, denen es zu heftig war, weil sie auf ihr Auto, und, und, und nicht verzichten und darüber auch nicht reden wollten, aber wir waren – gerade Christine – immer sehr bemüht, gerade auch die Leugner bei der Stange zu halten. Ihr ist es zu 90 Prozent gelungen, dass selbst die, die nicht dafür waren, trotzdem mit uns diskutiert haben. Da wurde nicht gesagt: Ey, ihr seid aber doof, das dürft ihr nicht machen! – Das war schon sehr gut. Ich finde, dass solche Bürgerräte insofern wichtig sind, weil sie auch den kleineren Leuten, die zufällig dazugekommen sind, eine Möglichkeit geben, sich einmal auszudrücken und zu sagen: Mensch, ich kann daran mitarbeiten –, und nicht bloß jeden Morgen die Zeitung aufzuschlagen und zu sagen: Oh, das und das ist aber scheiße, da ist schon wieder eine Flut, schon wieder eine Überschwemmung –, sondern aktiv mitzuwirken. Ich finde, man sollte solche Bürgerräte installieren. Die Leugner hatten wir auch, aber die wurden halt von den anderen überstimmt.

Was ich jetzt erwarte, ist das, was die Frau Jarasch gesagt hat, dass sie versucht, das umzusetzen. Das nehme ich einfach hin. Ich glaube, da hat sie recht. Ich hoffe, dass das umgesetzt

wird. Ich verstehe die Oppositionshaltung nicht. Ich meine, man kann doch nicht, wenn man sieht, dass das Wasser immer weniger wird, noch Leuten sagen: Ihr könnt im Naturschutzgebiet eine Fabrik bauen. – Ich fasse mich da immer an den Kopf, beim Grundwasser – gut, ist egal. Ich hoffe, dass das umgesetzt wird, dass Sie sich endlich zusammenraufen und sagen: Ja, wir müssen das machen. – Ich meine, wir haben nur eine Erde. – [Beifall] – Ist doch wahr.

Ich fand, mit den Kleingruppen ging es auch sehr zügig vonstatten – das habe ich vorhin gesagt. Die vielen Termine, die wir gemacht haben, waren schon eine richtig anstrengende Arbeit. Ich finde, wir haben uns alle sehr für das Klima engagiert, und ich finde, das sollte man so umsetzen, dass man mindestens die Hälfte unserer Vorschläge umsetzt. – Ich habe fertig!

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ: Danke, Frau Al-Mardini-Krukow! – Es gab auch Fragen an Frau Dr. von Blanckenburg. – Sie haben das Wort!

Dr. Christine von Blanckenburg (nexus Institut): An mich ging die Frage, ob der Fleischkonsum debattiert wurde. Das wurde in den Kleingruppen debattiert. Wir hatten das in unserem offenen Forum, wo eigene Themen eingebracht wurden. Unter dem Titel Konsum ging es auch um das Essen. Da haben die Kleingruppen auch über den Fleischkonsum geredet, aber es hat es nicht in die Empfehlungen geschafft.

An der Stelle: Es wurde eben gesagt, das sei alles sehr staatslastig; das seien alles Empfehlungen an den Staat. Das liegt schon ein wenig an unserer Lenkung. Es ist ein Bürger- und Bürgerinnenrat, der einberufen worden ist, um Empfehlungen für die Politik zu machen und nicht Empfehlungen an sich selbst. Insofern liegt diese Zielrichtung an den Staat schon auch in der Sache selbst. Dass sie sich vielleicht gegenseitig noch einmal dazu aufgefordert haben, weniger Fleisch zu essen, kann ich mir gut vorstellen. Das war Thema. Es war übrigens auch bei unserer Verpflegung, beim Catering, eine Frage. Es war immer vegetarisch und vegan. Ich wüsste nicht, dass es darüber Beschwerden gegeben hätte.

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ: Vielen herzlichen Dank! – Es gab auch Fragen an den Senat. – Frau Dr. Karcher, bitte!

Staatssekretärin Dr. Silke Karcher (SenUMVK): Ich werde es relativ kurz machen. Zunächst noch zu der Frage aus dem vorherigen Tagesordnungspunkt zu den Berichten zu den Klimaschutzvereinbarungen: Da sind die ersten Zwischenberichte erst nach fünf Jahren fällig. Diese fünf Jahre sind bei verschiedenen Klimaschutzvereinbarungen noch nicht abgelaufen. Wir bereiten im Moment den entsprechenden Bereich auf der Webseite vor, wo die veröffentlicht werden. – [Zuruf] – Nein, das sind keine jährlichen Berichte, sondern es gibt Berichte nach fünf Jahren. Man kann sich immer über zusätzlichen Bürokratieaufwand versus zusätzlicher Informationen streiten. Das ist damals vor meiner Zeit so entschieden worden.

Die Frage, wie der Senat mit den Empfehlungen umgeht: Da ist der Hinweis auch, dass auch das Abgeordnetenhaus als der Souverän der Gesetzgebung mit diesen Empfehlungen umgehen kann und soll. Wir haben uns seitens meiner Senatsverwaltung bemüht, die Empfehlungen sehr weitgehend bereits in unserem Entwurf für das Berliner Energie- und Klimaprogramm einzufügen, der sich im Moment in der verwaltungsinternen Vorabstimmung befindet, bevor er dann in das offizielle Mitzeichnungsverfahren geht. Da bleibt abzuwarten, wie sich die anderen Senatsverwaltungen dazu verhalten.

Ich hatte schon erwähnt, dass sich auch der Senatsausschuss Klima mit diesen Empfehlungen befassen und sich dazu verhalten wird, welche umgesetzt werden sollen. Wobei, wie gesagt, ein Teil möglicherweise dann bereits im BEK umgesetzt ist. Einige wenige Empfehlungen werden dann auch in anderen Werken, beispielsweise der Ernährungs- oder der Zero-Waste-Strategie, adressiert – so viel zur Berücksichtigung.

Die Frage, was davon nächstes Jahr umgesetzt sein wird: Das sind teilweise relativ aufwendige Prozesse, sowohl rechtstechnisch als auch fachlich-inhaltlich. Natürlich dauern die, wie wir alle wissen, ihre Zeit; auch die Prozesse in diesem Haus dauern ihre Zeit. Insofern wird man sehen müssen, was tatsächlich bis nächstes Jahr um diese Zeit umgesetzt werden kann. Die Prozesse der Umsetzung laufen auf jeden Fall.

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ: Danke, Frau Dr. Karcher! – Eine kurze Rückmeldung oder Frage von Herrn Reifschneider. – Wir müssen langsam zum Ende kommen, Herr Reifschneider. Wir haben noch weitere Tagesordnungspunkte.

Felix Reifschneider (FDP): Das ist jetzt eine unglückliche Vermischung von Tagesordnungspunkten, dass Frau Karcher jetzt noch eine Stellungnahme zum vorangegangenen Tagesordnungspunkt gibt, aber ich zitiere aus einer der Klimaschutzvereinbarungen. Da geht es um das jährliche Monitoring. Da steht drin, dass Daten aus dem Vorjahr an das Land Berlin übergeben werden. Diese Daten erhalten Sie jährlich von den Unternehmen oder den Beteiligten, die das jährliche Monitoring machen. Warum veröffentlichen Sie das nicht?

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ: Danke, Herr Reifschneider! – Für den Senat Frau Dr. Karcher, bitte!

Staatssekretärin Dr. Silke Karcher (SenUMVK): Ich habe die Frage zu den konkreten Zwischenberichten, die in den Klimaschutzvereinbarungen gefordert sind, beantwortet. Herr Kendzia, können Sie noch etwas zu weiteren Daten, die in der Zwischenzeit übermittelt werden, sagen? – [Jens Kendzia (SenUMVK): Das machen wir im Nachgang!] – Okay, dann werden wir im Nachgang noch einmal daran arbeiten müssen. Ich habe gehofft, das ließe sich hiermit fertigstellen, dass kein Bericht mehr erforderlich ist, aber dann wird das wohl noch erforderlich sein.

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ: Danke, Frau Dr. Karcher! – Für eine kurze Wortmeldung, Frau Wolff, bitte!

Dunja Wolff (SPD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! Ich mache es ganz kurz. – Frau Al-Mardini-Krukow, eine ganz kurze Frage an Sie: Wären Sie denn darüber froh, wenn man Sie im nächsten Jahr anrufen und sagen würde: Können Sie Ihre aus dieser Erfahrung heraus sprechenden Expertise in einem vielleicht zukünftigen Klimabürger- und -bürgerinnenrat einbringen? Wären Sie dazu bereit, noch einmal zu kommen? Ich glaube, es wäre wichtig, wenn Neue kommen, weil die Zeit vorangeschritten ist, der alte Bürger- und Bürgerinnenrat seine Expertise geben könnte. Wären Sie noch einmal bereit, sich da einzubringen?

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ: Danke, Frau Wolff! – Frau Al-Mardini-Krukow, bitte!

Beatrice Al-Mardini-Krukow (Berliner Klimabürger- und -bürgerinnenrat): Ich sage ganz einfach ja. Ich bin aber keine Expertin, sondern nur eine Mutter von fünf Kindern und drei Enkeln. Ich habe aber einen Menschenverstand, und ich weiß, wenn ich Feuer sehe, dann muss ich löschen. Dann kann ich nicht erst hingehen und sagen: Wo krieg ich meinen Löscher her? Ist der auch noch gültig oder ist der schon abgelaufen? –, warte da und sehe zu, wie das verbrennt. Nein! Da nehme ich den, auch wenn der Feuerlöscher abgelaufen ist, und lösche halt einfach. Das sagt doch der Menschenverstand. – [Beifall] –

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ: Vielen herzlichen Dank! – Wir sind jetzt am Schluss der Anhörung. Ich möchte Ihnen im Namen des Ausschusses ganz herzlich danken, dass Sie uns heute mit Ihrer Expertise zur Verfügung gestanden haben! – [Allgemeiner Beifall] – Ich schlage vor, die Besprechungen zu Tagesordnungspunkt 3 zu vertagen, bis das Wortprotokoll vorliegt und die Anhörung ausgewertet werden kann. Besteht damit einverstanden? – Ich sehe Kopfnicken, dann verfahren wir so.

Punkt 4 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0025](#)
UVK
Vorstellung der Studie „Berlin Paris-konform machen“
(auf Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der Fraktion der CDU, der Fraktion Die Linke und der Fraktion der FDP)

Hierzu: Auswertung der Anhörung vom 01.09.2022

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 5 der Tagesordnung

Antrag der Fraktion der CDU [0038](#)
UVK
Drucksache 19/0380
**Klima schützen – Konzept zur
Energierückgewinnung aus Abwasserwärme
erstellen**

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 6 der Tagesordnung

Vorlage – zur Beschlussfassung – [0049](#)
UVK
Drucksache 19/0466
**Dreiundzwanzigstes Gesetz zur Änderung des
Allgemeinen Sicherheits- und Ordnungsgesetzes**

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 7 der Tagesordnung

Verschiedenes

Siehe Wortprotokoll.